



## Und nun?

### Fordernde Washingtoner Deklaration – Kein zügiger Stopp des Aggressors

**Dr. Klaus Olshausen**

**Juli 2024**

#### **Zusammenfassung**

---

Das Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) und die sogenannte „Friedensmission“ von Ungarns Regierungschef vor dem NATO-Gipfel in Washington zeigen, dass die geopolitischen Verwerfungen seit Putins Invasion der Ukraine nicht mit großen Worten gegen den Aggressor zu überwinden sind. Denn die Ukrainer kämpfen weiter ihren aufreibenden Kampf in der Luft und an der Front. Den richtigen Feststellungen und den festgelegten großen politischen Zwecken in der Deklaration von Washington werden nicht die notwendigen Mittel dafür zugeordnet. Und das Behandeln einer NATO-Mitgliedschaft zeigt Uneinigkeit, die Putin Spaltungschancen lässt. Schon vor zwei Jahren war es erforderlich das „as long as it takes“ zu vervollständigen mit einem überzeugenden „whatever it takes“, um zu widerstehen und zu siegen, wie es Kommissionspräsidentin von der Leyen vor dem Europäischen Parlament in Straßburg gefordert hat

#### **ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

Dem Gipfeltreffen der Nordatlantischen Allianz zum 75. Jahrestag in Washington war nicht nur ein Gipfeltreffen der SCO (Shanghai Cooperation Organisation) vorangegangen, sondern zuvor hatte sich Ungarns Regierungschef auf seine sogenannte „Friedensmission“ begeben – über Kiew zu Putin nach Moskau, Xi Jin Ping nach Peking und unmittelbar nach Washington zu Donald Trump nach Mar-a-Lago. Beide Ereignisse sind Zeichen, dass den geopolitischen Verwerfungen rund um die russische Aggression keineswegs mit großen Worten gegen den Aggressor begegnet werden kann. Die vielfältigen politischen, militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen Aktivitäten der NATO- und EU-Staaten und ihrer Partner haben viele Ressourcen, nicht nur Geld, eingesetzt. Die Ukraine muss sich aber weiter mit viel Kraftaufwand der fortgesetzten russischen landesweiten Luftangriffe und an der Front der weiter anstürmenden russischen Truppen erwehren.

Das führt bei zahlreichen Bürgern, ja Regierungen, zu der Einschätzung, man müsse den Krieg beenden, unabhängig davon, dass der Aggressor seine eroberten Territorien weiter unterjochen kann. Hinter der emotional getönten Forderung, „die Waffen müssen schweigen“, steht die Auffassung, eine amputierte und unterworfenen Ukraine sei hinnehmbar, um eigene Unterstützungsleistungen drastisch zu reduzieren und so irgendwie in Frieden in die frühere Wohlfühlblase zurückzukehren. Zu viele Bürger und Regierungen äugeln schon wieder mit einem Minsk III, das Putin begünstigt, ganz wie Kanzlerin Merkel 2015: „bitter, aber unvermeidlich“.

Alle neu unterzeichneten Sicherheitsvereinbarungen vieler Staaten mit der Ukraine haben eine Reichweite von zehn Jahren, aber sie zeigen keinen Weg, den brutalen Krieg mit einem Sieg der Ukraine zu beenden. Und selbst für einen denkbaren erneuten Angriff Russlands gegen die Ukraine gibt es keine Zusage der kollektiven Verteidigung. Das wird für Putin auch künftig das Risiko einer Invasion mindern.

In dieser sehr schwierigen Lage schlägt man erwartungsvoll den Text der Deklaration auf, die die Staats- und Regierungschefs der Allianz am 10. Juli in Washington verabschiedet haben.

Er beginnt mit der über die Ukraine hinausreichenden Feststellung: „Russlands groß angelegte Invasion der Ukraine hat Frieden und Stabilität in der Euro-Atlantischen Area zerschlagen und die globale Sicherheit gravierend untergraben“. Russland, so weiter, bleibt die größte und direkte Bedrohung der Sicherheit der Verbündeten.

Seit über zwei Jahren sollte man deshalb erwarten, dass der Sicherheit aller Alliierten am besten gedient ist, wenn alles getan wird, den Eroberer in der Ukraine zu stoppen. Dies gilt umso mehr, wenn man beklagt, dass die russisch-chinesische Zusammenarbeit die regelbasierte Ordnung untergraben und neu gestalten will. Beides hat aber nur sehr abgestufte und zeitlich gestreckte Lieferungen militärischer Waffensysteme, Munition und Ausrüstung veranlasst. Dass heute vielfach von einem Abnutzungs- oder gar Stellungskrieg gesprochen wird, hängt auch damit zusammen, dass der Ukraine im Winter 22/23 keine Luftunterstützung und größere Mengen an Landsystemen und v.a. Munition geliefert wurden, um mit begrenzten Landstreitkräften und eigenen Drohnen im Sommer 2023 erfolgreiche Gegenangriffe im Osten oder Süden zu führen. Allenfalls hat die „unwavering solidarity“ die Ukraine nicht weitere Gebiete in größerem Umfang verlieren lassen.

Weiter liest man in der Deklaration, dass der Kampf der Ukraine direkt zur Euro-Atlantischen Sicherheit beiträgt und eine starke, unabhängige und demokratische Ukraine für die Sicherheit und Stabilität in dieser Region vital ist. Damit wird offensichtlich, dass die bisher geleistete Hilfe diesem weit über die Ukraine hinaus reichenden Ziel nicht wirkungsvoll gedient hat. Jetzt sagen die Gipfelteilnehmer zu, dass sie die langfristige Unterstützung der Ukraine so verstärken, dass sie in ihrem Kampf um die Freiheit siegen kann. Alles was dann angekündigt wird,



ist organisatorisch vielleicht längerfristig gedacht. Aber z.B. die jährlich als notwendig betrachteten 40 Mrd. Euro militärischer Unterstützung werden nur für 2025 gebilligt. Zwischenfazit: Kein erkennbarer Fortschritt, den Aggressor militärisch, geschweige denn durch lückenhafte Sanktionen zu stoppen.

Aber auch bei der politischen Blickrichtung auf die Bündniswahl der Ukraine in die NATO gibt es wohlklingende Schwüre und Ankündigungen und dann doch wieder wie in Vilnius 2023 Ablehnung und Bremswirkung. Voll tönend heißt es da: Ukraines Zukunft liegt in der NATO. Und man unterstützt „den unwiderruflichen, irreversiblen Weg in die Euro-Atlantische Integration, einschließlich der NATO-Mitgliedschaft“. Dann folgt aber der Satz, der Putins besondere Aufmerksamkeit finden wird: „we will be in a position to extend an invitation to Ukraine to join the Alliance when Allies agree and conditions are met“. Dass die Uneinigkeit zum 2. Mal ausdrücklich benannt wird und wieder undeutlich Bedingungen benannt werden, die erfüllt werden müssen, kann die russische Seite nur ermutigen, auf allen Wegen und in allen Staaten daran zu arbeiten, dass die Einigkeit nicht erreicht wird. Dann kann Putin weiter seinen Plan einer bündnisfreien Ukraine unter seinem Joch verfolgen.

Mit den Ankündigungen dieser Deklaration von Washington kann die Ukraine ihren Kampf um die Freiheit – wie im Text noch gefordert – nicht gewinnen. Und dann wirkt es geradezu grotesk, wenn die Deklaration ohne jeden Handlungsplan feststellt: „Russia must immediately stop this war and completely and unconditionally withdraw all of its forces from Ukraine in line with UN General Assembly resolutions.“

Schon im Oktober 2022 hatte ich mit Hinweis auf Mario Draghi geschrieben, dass „as long as it takes“ eine notwenige, aber keine hinreichende Handlungsmaxime für den Stopp Russlands darstellt. Und so bleibt es erforderlich, dass die Worte der wiedergewählten Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen in ihrer Vorstellungsrede endlich von allen gehört und dann umgesetzt werden: „Nous devons donner à l'Ukraine tout ce dont elle a besoin pour résister et vaincre.“ Und für Putin – und die eigene Bevölkerung – gilt es hinzuzufügen: „and believe us it will be enough“.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



### **Über den Autor dieses Beitrags**

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



*Klaus Olshausen*